

## Bekanntmachung

über ein Schlachtverbot für trächtige Kühe und Sauen.

Vom 26. August 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Kühe, Rinder, Kalbinnen, sowie Sauen, welche sich in einem derart vorgeschrittenen Zustand der Trächtigkeit befinden, daß diese den mit ihnen beschäftigten Personen erkennbar ist, dürfen nicht geschlachtet werden.

§ 2. Ausnahmen können in Einzelfällen bei Vorliegen eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses von den durch die Landeszentralbehörden bestimmten Behörden zugelassen werden.

§ 3. Das Verbot (§ 1) findet keine Anwendung auf Schlachtungen, die erfolgen, weil zu befürchten ist, daß das Tier an einer Erkrankung verenden werde, oder weil es infolge eines Unglücksfalls sofort getötet werden muß. Solche Schlachtungen sind jedoch der nach § 2 zuständigen Behörde spätestens innerhalb dreier Tage nach der Schlachtung anzuzeigen.

§ 4. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung.

Sie können weitere Beschränkungen für das Schlachten von Vieh anordnen.

§ 5. Wer diese Verordnung oder die auf Grund des § 4 erlassenen Bestimmungen oder Anordnungen übertritt, wird mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem 3. September 1915 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Aufhörtens.

Diese Verordnung findet auf das aus dem Auslande eingeführte Schlachtvieh keine Anwendung.

Berlin, den 26. August 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.  
Deßbrück.

## Bekanntmachung

über ein Schlachtverbot für trächtige Kühe und Sauen.

Vom 30. August 1915.

Zur Zulassung von Ausnahmen auf Grund von § 2 der Bundesratsverordnung vom 26. August 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 515) sind die Großh. Kreisämter zuständig.

Unter auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 19. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 536) erlassene Bekanntmachung, das Schlachten von Schweinen und Kälbern betreffend, vom 12. Februar 1915 (Reg.-M. S. 11) bleibt in Kraft.

Darmstadt, den 30. August 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.  
v. Homberg.

Salomon.

## Bekanntmachung

Erweiterung des Schlachtverbots betreffend.

Vom 25. Januar 1916.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers über ein Schlachtverbot für trächtige Kühe und Sauen vom 26. August 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 515) und der Bekanntmachung des Reichskanzlers über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Verordnungsregelung vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 607) sowie der Bekanntmachung des Reichskanzlers zur Ergänzung der letzteren Bekanntmachung vom 4. November 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 728) bestimmen wir das Nachstehende:

1. Das Schlachten von Milchkühen und von bis zu 2 Jahren alten männlichen und weiblichen Junggründern sowie der Verkauf dieser Tiere zum Zweck des Schlachtens ist verboten.

Im Fall anderer Verkäufe von Tieren dieser Gattungen ist, wenn sie nicht unmittelbar zwischen Landwirten stattfinden, der Verkäufer verpflichtet, sich zu versichern, daß die Tiere nicht zur Schlachtung innerhalb oder außerhalb des Landesgebietes bestimmt sind. Auch hat der Verkäufer in solchen Fällen den Verkauf unter Namhaftmachung des Käufers der Ortspolizeibehörde anzuzeigen, die diese Anzeige dem Kreisamt einzusenden hat.

Ausgenommen von dem Verbot im Absatz 1 sind männliche Kälber im Alter von über 4 Wochen bis zu 2 Monaten.

2. Ausnahmen von dem Verbot in 1 können in Einzelfällen beim Vorliegen eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses vom Kreisamt zugelassen werden und sind zu beschränken auf Kühe, die nach sachverständigem Gutachten sich nicht mehr als Milchkuhe eignen, sowie auf Junggründer, die nach sachverständigem Ermessen zur weiteren Zucht und Haltung ungeeignet sind.

3. Das Verbot in 1 findet keine Anwendung auf Verkäufe zum Zweck des Schlachtens und auf Schlachtungen, die erfolgen, weil zu befürchten ist, daß die Tiere an einer Erkrankung ver-

enden werden oder weil sie infolge eines Unglücksfalls sofort getötet werden müssen. Solche Schlachtungen sind innerhalb dreier Tage dem Kreisamt anzuzeigen.

4. Das Verbot in 1 findet ferner keine Anwendung auf Tiere, die außerhalb des Landesgebietes angekauft und in das Landesgebiet eingeführt worden sind.

5. Das Verbot in 1 ist rückwirkend auf alle Verkäufe, die bereits abgeschlossen sind, ohne daß eine Ueberlieferung der Tiere an den Käufer erfolgt ist.

6. Wer Großvieh, Kälber und Schweine lebend, geschlachtet, ganz oder zerlegt aus dem Großherzogtum ausführen will, bedarf dazu eines Erlaubnischeins. Die Ausfuhrerlaubnis ist zu beschränken auf Tiere, die, ohne die Fleischversorgung des Landes zu gefährden, ausgeführt werden können.

Tiere der im Absatz 1 genannten Arten dürfen auf Eisenbahnen und im Schiffsverkehr sowie auf Landwegen nach außerhalb des Landesgebietes nur befördert werden, wenn der Begleiter im Besitz eines Erlaubnischeins ist.

Zur Ausstellung der Erlaubnischeine (Absatz 1 und 2) ist dasjenige Kreisamt zuständig, aus dessen Kreis die Ausfuhr stattfinden soll.

7. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden nach § 5 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 26. August 1915 mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten, oder nach § 17 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 25. September 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

8. Diese Bestimmungen treten mit der Verkündung in Kraft.

Darmstadt, 25. Januar 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.  
v. Homberg.

Betr.: Schlachtverbote.

An das Großh. Polizeiamt Gießen, die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises und die Großh. Gendarmerie des Kreises.

Indem wir Sie besonders auf die beiden vorstehenden Bekanntmachungen aufmerksam machen, beauftragen wir Sie, sie örtlich bekannt zu machen, die beteiligten Kreise davon besonders bei Gelegenheit in Kenntnis zu setzen und den Befehl zu überwachen; jede Zuwiderhandlung ist zur Anzeige zu bringen.

Gießen, den 29. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Usinger.

## Ausführungs-Bestimmungen zur Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Salzheringen.

Vom 22. Januar 1916.

Auf Grund des § 2 der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Salzheringen vom 17. Januar 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 45) wird bestimmt:

§ 1. Wer aus dem Ausland Salzheringe einführt, ist verpflichtet, den Eingang der Salzheringe im Inland der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin unter Angabe der Menge, des bezahlten Einkaufspreises und des Aufbewahrungsorts unverzüglich anzuzeigen; die Anzeige hat durch eingeschriebenen Brief zu erfolgen. Dabei ist tunlichst ein von der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. vorzuschreibendes Formular zu benutzen.

Als Einführender im Sinne dieser Bestimmungen gilt, wer nach Eingang der Ware im Inland zur Veräußerung über sie für eigene oder fremde Rechnung berechtigt ist. Befindet sich der Veräußerungsberechtigte nicht im Inland, so tritt an seine Stelle der Empfänger.

§ 2. Wer aus dem Ausland Salzheringe einführt, hat sie an die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin zu liefern. Er hat sie bis zur Abnahme durch die Gesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu behandeln, in handelsüblicher Weise zu verpacken und auf Abzug zu verladen. Er hat sie auf Verlangen der Gesellschaft an einem von dieser zu bestimmenden Orte zur Befichtigung zu stellen.

§ 3. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. hat sich unverzüglich nach Empfang der Anzeige (§ 1) zu erklären, ob sie die Salzheringe übernehmen will.

§ 4. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat für die von ihr übernommenen Salzheringe einen angemessenen Uebernahmepreis zu zahlen.

Ist der Verpflichtete mit dem von der Zentral-Einkaufsgesellschaft gebotenen Preise nicht einverstanden, so setzt ein Ausschuss den Preis endgültig fest; der Ausschuss bestimmt auch, wer die baren Ausgaben des Verfahrens zu tragen hat.

Der Reichskanzler ernannt den Vorsitzenden des Ausschusses, seine Mitglieder und deren Stellvertreter.

Der Ausschuss entscheidet in einer Besetzung von 5 Mitgliedern, von welchen mindestens 3 dem Fachhandel angehören müssen.



Der Reichskanzler kann allgemeine Grundsätze aufstellen, die der Ausschuss bei seinen Entscheidungen zu befolgen hat.

§ 5. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Preises zu liefern, die Zentral-Einkaufsgesellschaft vorläufig den von ihr für angemessen erachteten Preis zu zahlen.

Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so wird das Eigentum auf Antrag der Zentral-Einkaufsgesellschaft durch Anordnung der zuständigen Behörde auf sie oder die von ihr in dem Antrag bezeichnete Person übertragen. Die Anordnung ist an den zur Ueberlassung Verpflichteten zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung ihm zugeht.

§ 6. Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Abnahme. Für streitige Restbeträge beginnt die Frist mit dem Tage, an dem die Entscheidung des Ausschusses der Zentral-Einkaufsgesellschaft zugeht.

§ 7. Die höhere Verwaltungsbehörde entscheidet endgültig alle Streitigkeiten, die sich zwischen den Beteiligten über die Lieferung, Aufbewahrung, Versicherung und den Eigentumsübergang ergeben, soweit nicht nach § 4 der Ausschuss zuständig ist.

§ 8. Ausgenommen von den Vorschriften dieser Verordnung sind geringfügige Mengen, die als Reiseproviant oder im Grenzverkehr aus dem Ausland eingeführt werden, sofern die Einfuhr nicht zu Handelszwecken erfolgt.

§ 9. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde und als zuständige Behörde im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 10. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark wird bestraft, wer den Vorschriften im § 1 Absatz 1 Satz 1 oder im § 2 dieser Bekanntmachung zuwiderhandelt.

Bei Zuwiderhandlung gegen die Anzeige- und Lieferungsverpflichtung können die Salzheringe, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 11. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung, der § 10 mit dem 26. Januar 1916 in Kraft.

Berlin, den 22. Januar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,  
Deßbrück.

### Ausführungs-Bestimmungen zur Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Salzheringen

Vom 25. Januar 1916.

Auf Grund des § 9 der Verordnung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 22. Januar 1916, betreffend Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Salzheringen (Reichs-Gesetzblatt S. 59) wird folgendes bestimmt:

Im Sinne der Verordnung ist höhere Verwaltungsbehörde der Provinzialausschuss, zuständige Behörde das Kreisamt.

Darmstadt, den 25. Januar 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.  
v. Hombergk.

Krämer.

### Bekanntmachung

betr. Ausnahme von dem Verbote von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw. Vom 22. Januar 1916.

Auf Grund des § 1 Absatz 3 der Bekanntmachung, betreffend Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., vom 25. Februar 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 111) wird folgendes bestimmt:

Bis auf weiteres sind Bekanntmachungen oder Mitteilungen über die Kurse zulässig, welche gemäß § 4 der Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 20. Januar 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 49) für ausländische Geldsorten und Noten sowie für Anzahlungen, Schecks und kurzfristige Wechsel auf das Ausland festgesetzt werden.

Berlin, den 22. Januar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,  
Deßbrück.

### Bekanntmachung

über die Festsetzung von Preisen für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut. Vom 25. Januar 1916.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 11. November 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 752) wird über die Regelung der Preise für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut folgendes bestimmt:

Artikel I. Die Nummern I und II der Bekanntmachung vom 4. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 803) erhalten folgende Fassung:

I. Beim Verlaufe durch den Erzeuger oder Hersteller an den Handel dürfen folgende Preise frei ab nächster Verlade-  
stelle (Bahn oder Schiff) für 50 Kilogramm beste Ware nicht überschritten werden:

Für Weißkohl (Weißkraut)	4,00 M.
Für Rotkohl (Blaukohl)	5,50 M.
Für Wirsingkohl (Savoyerkohl)	6,50 M.
Für Grünkohl (Braun- oder Krauskohl)	6,00 M.

Für Kohlrüben (Stedrüben, Bruten oder Dotschen)

a) für weiße Kohlrüben	2,50 M.
b) für gelbe Kohlrüben	3,50 M.

Für Mohrrüben (rote und gelbe Speisemöhren, auch gelbe Rüben genannt)

a) lange Speisemöhren	
1. weißfleischige (sogen. Pferdemöhren)	3,00 M.
2. rotfleischige Speisemöhren	5,00 M.
b) Karotten (kurze, rotfleischige)	8,00 M.

Für Zwiebeln 10,00 M.

Für Sauerkraut (Sauerkohl) 12,00 M.

Diese Preise schließen die bisher handelsübliche Verpackung ein. Für Großverpackung, die über das gewöhnliche Maß hinausgeht, können die Selbstkosten berechnet werden. Bei Verladung in Säcken ist für den Sack ein Zuschlag von 40 Pf. für je 50 Kilogramm zulässig. Bei Sauerkraut verstehen sich die Preise ohne Salz; die Fässer dürfen nur zum Selbstkostenpreise berechnet und müssen, wenn Rückgabe vereinbart wird, zu diesem Preise zurückgenommen werden.

II. Insofern für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut gemäß § 3 der Verordnung des Bundesrats vom 11. November 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 752) Höchstpreise für die Abgabe im Kleinhandel an den Verbraucher festgesetzt werden, dürfen sie folgende Sätze für 0,5 Kilogramm beste Ware nicht überschreiten:

Für Weißkohl (Weißkraut)	7 Pfennig
Für Rotkohl (Blaukohl)	11 Pfennig
Für Wirsingkohl (Savoyerkohl)	11 Pfennig
Für Grünkohl (Braun- oder Krauskohl)	9 Pfennig

Für Kohlrüben (Stedrüben, Bruten oder Dotschen)

a) für weiße Kohlrüben	4 Pfennig
b) für gelbe Kohlrüben	6 Pfennig

Für Mohrrüben (rote und gelbe Speisemöhren, auch gelbe Rüben genannt)

a) lange Speisemöhren	
1. weißfleischige (sogen. Pferdemöhren)	5 Pfennig
2. rotfleischige Speisemöhren	8 Pfennig
b) Karotten (kurze, rotfleischige)	11 Pfennig

Für Zwiebeln 20 Pfennig

Für Sauerkraut (Sauerkohl) 16 Pfennig

Artikel II. Diese Bestimmung tritt am 27. Januar 1916 in Kraft.

Berlin, den 25. Januar 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Freiherr von Stein.

### Bekanntmachung

betreffend Festsetzung von Einheitspreisen für zuderhaltige Futtermittel und Zuschläge dazu vom 19. Januar 1916.

Auf Grund des § 8 der Bekanntmachung über zuderhaltige Futtermittel vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 614) bestimme ich:

§ 1. Für die Abgabe zuderhaltiger Futtermittel durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte G. m. b. H. gelten bei Bestellungen auf pünktliche Lieferung vom 20. Januar 1916 bis 19. März 1916 einschließlich die nachstehenden Einheitspreise:

	ohne Sack	je 50 kg
Rohzucker Erstprodukt	mit	12,50 M.
Rohzucker Erstprodukt	ohne	13, — "
Rohzucker Nachprodukt	mit	11,50 "
Rohzucker Nachprodukt	ohne	12, — "
Trodenzuckel	mit	8, — "
Trodenzuckel	ohne	9,75 "
Zuderzuckel nach dem Steffenschen Bräufverfahren	mit	9,50 "
Zuderzuckel nach dem Steffenschen Bräufverfahren	ohne	11,25 "
Melassezuckerzuckel	mit	8, — "
Melassezuckerzuckel	ohne	9,75 "
Getrocknete Rüben	mit	10, — "
Getrocknete Rüben	ohne	11,50 "
Sädelmelasse mit mindestens 33% Zucker	mit	5,55 "
Sädelmelasse mit mindestens 33% Zucker	ohne	6,25 "
Sädelmelasse mit mindestens 35% Zucker	mit	5,95 "
Sädelmelasse mit mindestens 35% Zucker	ohne	6,70 "
Sädelmelasse mit mindestens 40% Zucker	mit	6,50 "
Sädelmelasse mit mindestens 40% Zucker	ohne	7,35 "
Torfmelasse mit mindestens 35% Zucker	mit	4,60 "
Torfmelasse mit mindestens 35% Zucker	ohne	5,10 "
Torfmelasse mit mindestens 37 1/2% Zucker	mit	4,85 "
Torfmelasse mit mindestens 37 1/2% Zucker	ohne	5,35 "
Kartoffelpulpmelasse mit mindestens 30% Zucker	mit	5,80 "
Kartoffelpulpmelasse mit mindestens 30% Zucker	ohne	6,45 "
Kartoffelpulpmelasse mit mindestens 33% Zucker	mit	6,25 "
Kartoffelpulpmelasse mit mindestens 33% Zucker	ohne	6,95 "
Rohmelasse ohne Füllmasse	mit	4,40 "



§ 2. Bei Lieferung frei Empfangsstelle des Empfängers ist für bare Auslagen und Transportkosten ein Zuschlag zulässig von 18 Mt. für die Tonne bei Ladungen von mindestens 10 Tonnen und von 27 Mt. für die Tonne bei Ladungen von weniger als 10, aber mindestens 5 Tonnen.

Berlin, den 19. Januar 1916.

Der Reichsminister.

In Auftrag: R a u b.

### Bekanntmachung

betr. die Löschung von Strafvermerken im Strafregister und in den polizeilichen Listen.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen haben zum Allerhöchsten Geburtsfeste zu genehmigen geruht, daß im Strafregister und in den polizeilichen Listen alle Vermerke über die bis zum 27. Januar 1906 (einschließlich) von preussischen Zivilgerichten oder von Militärgerichten des preussischen Kontingents erkannten, sowie über die bis zu dem bezeichneten Tage durch Verfügung preussischer Polizeibehörden festgestellten Strafen unter näher bestimmten Voraussetzungen gelöscht werden. Als Zeichen der freudigen Anteilnahme an der Feier des hohen Geburtstags Seiner Majestät des Kaisers und Königs und der vollkommenen Uebereinstimmung mit der diesem Erlasse zugrunde liegenden Absicht haben Seine Königliche Hoheit der Großherzog zu befehlen geruht, daß der Gnadenbeweis, der dazu dient, die Nachteile und Beschränkungen, unter denen der gerichtlich bestrafte Teil der Bevölkerung im bürgerlichen Leben zu leiden hat, tunlichst zu mildern und insbesondere das bessere Fortkommen bestraffter Personen zu erleichtern, auch im Großherzogtum Nachahmung finde. Demzufolge ist bestimmt worden, daß im Strafregister und in den polizeilichen Listen alle Vermerke über die bis zum 27. Januar 1906 (einschließlich) von preussischen Zivilgerichten erkannten Strafen gelöscht werden, wenn

1. der Bestrafte keine anderen Strafen erhalten hat als Gefängnis bis zu einem Jahr einschließlich, oder Festungshaft bis zu einem Jahr einschließlich, oder Haft, oder Geldstrafe, oder Berois allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen,
2. gegen den Bestraften nach dem 27. Januar 1906 bis zum heutigen Tage nicht wieder auf Strafe wegen eines Verbrechen oder Vergehens gerichtlich erkannt ist.

Das gleiche gilt von Strafen, die von Militärgerichten erkannt sind, soweit das Begnadigungsrecht Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog ausschließlich zusteht (siehe Bekanntmachung, die militärgerichtlichen Verhältnisse des Großherzoglichen Gendarmecorps betreffend, vom 24. Juni 1901, § 6).

Die unterzeichneten Großherzoglichen Ministerien sind beauftragt, die zur Ausführung dieses Erlasses erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Darmstadt, den 27. Januar 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern. Großherzogliches Ministerium der Justiz.  
v. Homberg. v. Ewald.

### Bekanntmachung

betreffend Regelung der Beschaffung, des Abfahrs und der Preise von lebendem Vieh. Vom 24. Januar 1916.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 607) vom 4. November 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 728) wird hiermit folgendes angeordnet:

§ 1. Zur Regelung der Beschaffung, des Abfahrs und der Preise von lebendem Vieh wird für jede Provinz ein rechtsfähiger Verband gebildet.

§ 2. Dem Verbands gehören an:

1. Alle Viehhändler, die im Verbandsbezirk ihre gewerbliche Niederlassung haben. Falls sie können einer in der Satzung zu bestimmenden Frist dem Verbandsvorstande gegenüber die Erklärung abgeben, daß sie auf die Ausübung des Gewerbebetriebs verzichten, erlischt die Mitgliedschaft;

2. die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die den Handel oder den Kommissionshandel mit Vieh betreiben und ihren Sitz im Verbandsbezirk haben.

Auf Antrag können Mitglieder des Verbandes werden:

3. Metzger, die im Verbandsbezirk vom Landwirt oder Mäster Vieh kaufen wollen;

4. Viehhändler und landwirtschaftliche Genossenschaften, die, ohne im Verbandsbezirk eine gewerbliche Niederlassung oder ihren Sitz zu haben, im Verbandsbezirk Vieh kaufen oder Kommissionshandel mit Vieh betreiben wollen.

§ 3. Der Ankauf von Vieh vom Landwirt oder Mäster zur Schlachtung,

der Ankauf von Vieh zum Weiterverkauf,

der Kommissionsweise Handel mit Vieh

ist in den Verbandsbezirken außer dem Verbands selbst nur den Verbandsmitgliedern, die von dem Vorstand eine Ausweisurkunde erhalten haben, gestattet.

§ 4. Kinder, Schafe und Schweine werden auf Eisenbahnen, Kleinbahnen und Wasserstraßen zur Beförderung nur angenommen, wenn der Versender

entweder sich als Mitglied des für die Versandstelle gebildeten Verbandes ausweist,

oder eine Bescheinigung des Verbandes vorlegt, daß der Versand für dessen Rechnung erfolgt,

oder eine Bescheinigung der Polizeibehörde des Versandortes vorlegt, daß der Versand gestattet ist.

Die Ortspolizeibehörde darf diese Bescheinigung nur ausstellen, wenn es sich um einen Versand von Vieh aus einem landwirtschaftlichen Betriebe an einen anderen landwirtschaftlichen Betrieb handelt. Die Kreisämter sind befugt, auch in anderen Fällen aus wichtigen Gründen die Versendungserlaubnis zu erteilen.

§ 5. Als Vieh im Sinne dieser Anordnung gelten Kinder, Schafe und Schweine. Durch die Satzung kann der Handel mit Kälbern im Gewicht unter 150 Kgr. und mit Ferkeln und Läufer-schweinen im Gewicht unter 50 Kgr. für das Stück von dieser Anordnung ausgeschlossen werden.

§ 6. Die Satzung des Verbandes wird von dem Provinzialausschuß erlassen.

§ 7. Wer entgegen der Vorschrift des § 3 dieser Anordnung unbefugt, in einem Verbandsbezirk Vieh kauft, oder kommissionsweise Handel mit Vieh treibt, desgleichen

wer an eine nach dieser Vorschrift nicht berechnigte Person Vieh verkauft oder zum kommissionsweisen Verkauf abgibt, sowie wer den sonstigen Vorschriften dieser Anordnung oder der nach § 6 erlassenen Satzung zuwiderhandelt, wird nach § 17 der Verordnung zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 607) mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

§ 8. Diese Anordnung tritt am 15. Februar 1916 in Kraft.

Darmstadt, den 24. Januar 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

### Bekanntmachung.

Die Begezeit für Wildenten wird gemäß § 3 der Verordnung vom 29. April 1914 im ganzen Gebiet des Großherzogtums für die Dauer des Monats Februar aufgehoben.

Darmstadt, den 26. Januar 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

Salomon.

### Bekanntmachung.

Betr.: Bekanntmachung über Saatkartoffeln vom 6. Januar 1916.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung vom 6. Januar 1916 (Preisblatt Nr. 5) weisen wir darauf hin, daß gemäß § 3 Bäder nach folgendem Muster zu führen sind.

Verkaufsbuch für Saatkartoffeln zum Gebrauch für Landwirte.

Sorte	Menge Ztr.	Monat Tag	Menge Ztr.	Sorte	Verkaufs- preis per 100 kg Mk.	Des Käufers		
						Name	Wohnort	Eisenbahn- station

### Ein- und Verkaufs-Buch für Saatkartoffeln zum Gebrauch für Händler.

Einkauf						Verkauf					
Mo- nat	Menge Ztr.	Sorte	Tag	Menge Ztr.	Sorte	Des Verkäufers			Mo- nat	Menge Ztr.	Sorte
						Name	Wohn- ort	Eisen- bahn- station			

\*) Kurze Angabe darüber, ob sich der Preis ab oder frei Station versteht.

Gießen, den 28. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

### Bekanntmachung.

Betr.: Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl.

Gemäß Ziffer 2 des Ausschreibens der Reichsgetreidestelle vom 10. Januar 1916 sind jetzt nur noch Spezialvollkornbrote, die sich nach Verpackung, Preis und Größe von dem normalen Brot wesentlich unterscheiden, brotmarkenfrei. Anderen Vollkornbrot, die, wie z. B. Schlüter- und Fincklerbrot, aus Mehl unter Zusatz von nach bestimmten Verfahren fein gemahlener Kleie hergestellt werden, fallen jetzt unter die Brotmarkenregelung.

Gießen, den 26. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.



### Bekanntmachung.

Betr.: Den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln.

Die beiden nachstehend abgedruckten Bekanntmachungen des Stellvertreters des Reichskanzlers werden hiermit zur Kenntnis der Beteiligten gebracht.

Gießen, den 29. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Hemmerde.

### Bekanntmachung

über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln.  
Rom 20. Januar 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Ausländische Geldsorten und Noten sowie Auszahlungen, Schecks und kurzfristige Wechsel auf das Ausland dürfen im Betrieb eines Handelsgewerbes nur bei den vom Reichskanzler bestimmten Personen und Firmen gekauft, umgetauscht oder darlehensweise erworben und nur an sie verkauft, verpfändet oder darlehensweise veräußert werden.

Ueber Guthaben im Ausland darf im Betrieb eines Handelsgewerbes zum Zwecke des Erwerbs von Geldsorten, Noten, Guthaben, Auszahlungen, Schecks und kurzfristigen Wechseln in anderer Währung nur verfügt werden, sofern der Erwerb bei einer der bezeichneten Personen und Firmen erfolgt.

Die Geschäfte mit den bezeichneten Personen und Firmen können auch durch Kommissionäre vermittelt werden; der Selbst-eintritt ist ausgeschlossen.

Als kurzfristige Wechsel im Sinne dieser Verordnung gelten Wechsel auf die europäischen Länder mit einer Laufzeit von höchstens zwei, auf andere Länder mit einer solchen von höchstens sechs Wochen; bei unakzeptierten Nach-Sicht-Wechseln ist die Frist nach Sicht maßgebend.

§ 2. Die auf Grund des § 1 Absatz 1, 2 getroffene Bestimmung der Personen und Firmen wird im „Reichsanzeiger“ bekannt gemacht. Sie kann zurückgenommen werden; die Rücknahme wird in gleicher Weise veröffentlicht.

§ 3. Auf Ersuchen der Reichsbank oder der vom Reichskanzler bestimmten Personen und Firmen ist der Erwerber, der Veräußerer oder Verpfänder (§ 1 Abs. 1 und 2) verpflichtet, der Reichsbank über Inhalt und Zweck des Geschäfts wahrheitsgemäß Auskunft zu erteilen und die Nachweise vorzulegen. Die Verpflichtung trifft in den Fällen des § 1 Absatz 3 den Kommitenten und den Kommissionäre.

§ 4. Der Kurs, zu dem die im § 1 Abs. 1, 2 bezeichneten Personen und Firmen ankaufen und verkaufen, wird mit Zustimmung der Reichsbank festgesetzt.

§ 5. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 6. Wer es unternimmt, den Vorschriften des § 1 zuwider zu erwerben, zu veräußern, zu verpfänden oder zu verfügen, wird, sofern nicht nach anderen Strafgesetzen eine höhere Strafe angedroht ist, mit Geldstrafe in Höhe des doppelten Betrags der Werte, in bezug auf welche die strafbare Handlung verübt ist, bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis bis zu einem Jahre erkannt werden. Wegen der Zuwiderhandlung kann ein Deutscher auch dann verfolgt werden, wenn sie innerhalb eines inländischen Geschäftsbetriebes im Ausland begangen hat.

Mit Geldstrafe bis zu fünfzigtausend Mark und mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer zum Zwecke des Erwerbs der im § 1 bezeichneten Werte über den Inhalt und Zweck des Geschäfts unrichtige Angaben macht;
2. wer den Vorschriften des § 3 zuwiderhandelt.

§ 7. Diese Verordnung tritt am 28. Januar 1916 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 20. Januar 1916.  
Der Stellvertreter des Reichskanzlers,  
Deßbrück.

### Bekanntmachung

Betreffend den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln.  
Rom 22. Januar 1916.

Auf Grund des § 5 der Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 20. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 49) werden bis auf weiteres folgende Ausnahmen zugelassen:

Artikel 1. Bei allen Personen und Firmen, die gewerbsmäßig Geldwäschergeschäfte betreiben, dürfen eingewechselt werden:

1. deutsche Geldsorten und Noten gegen Eingabe ausländischer Geldsorten und Noten;
2. von einer und derselben Person innerhalb eines Kalendertags ausländische Geldsorten und Noten gegen Eingabe deutscher Geldsorten und Noten im Betrage von höchstens eintausend Mark.

Artikel 2. Der § 1 Absatz 1 der Verordnung findet auf Auszahlungen, Schecks und kurzfristige Wechsel auf die unter deutscher Verwaltung stehenden Gebiete Belgiens und Rußlands sowie auf belgische Geldsorten und Noten keine Anwendung.

Der § 1 Absatz 2 der Verordnung findet insoweit keine Anwendung, als über Guthaben in Belgien zum Zwecke des Erwerbs deutscher Zahlungsmittel verfügt wird.

Artikel 3. Auf den Postanweisung-, Postcheck-, Postnachnahme- und Postauftragsverkehr finden die Vorschriften der Verordnung keine Anwendung.

Berlin, den 22. Januar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,  
Deßbrück.

### Bekanntmachung.

Betr.: Ausbruch der Maul- und Klauenseuche im Kreise Weplar. In Krosdorf, Wismar und Lannsbach, im Kreise Weplar, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Gießen, den 29. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Asfeld. In Nieder-Olfelden ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Gießen, den 29. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Friedberg. Die Maul- und Klauenseuche in Rodheim und Wänsen-berg ist erloschen.

Gießen, den 29. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Ausnahmen von § 139 c und 139 e Abs. 1 der Gewerbeordnung.

Als Ausnahmetage im Sinne der §§ 139 d Ziffer 3 und 139 e Abs. 2, Ziffer 2 der Gewerbeordnung werden für alle offenen Verkaufsstellen bestimmt:

1. zwei Wochentage vor Ostern, 20. und 22. April ds. Js.,
2. ein Wochentag vor Himmelfahrt, 31. Mai ds. Js.,
3. zwei Wochentage vor Pfingsten, 9. und 10. Juni ds. Js.,
4. zwölf Wochentage vor Weihnachten, vom 11. bis einschließlich 16. und vom 18. bis einschließlich 23. Dezember ds. Js.,
5. ein Wochentag vor Neujahr, 31. Dezember ds. Js.

An diesen Tagen dürfen sämtliche offenen Verkaufsstellen in hiesiger Stadt für den geschäftlichen Verkehr bis 10 Uhr abends geöffnet bleiben und finden die Bestimmungen über die Mindestruhezeit und Mittagspausen der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen keine Anwendung.

Gießen, den 20. Januar 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.  
Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Langgöns; hier: Pachtentschädigungen. In der Zeit vom 5. bis einschließlich 12. Februar l. J. liegt auf Groß. Bürgermeisterei Langgöns

1. das Verzeichnis über die Rückvergütung von Pachtentschädigungen infolge der Wiederbenutzung des verschleiften alten Seerweges als Zufuhrweg in Flur 27, für das Erntejahr 1915,
2. das Verzeichnis der Pachtentschädigungen über die Verschleifung des alten Mähgrabs in der Flur 3, sowie über die neuen Gräben in den Eigelwiesen Flur 10 und 18, für das Erntejahr 1915,
3. das Verzeichnis der Pachtentschädigungen infolge Verschleifung des Seelweges und des Kreuzweges für das Erntejahr 1915

zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschlusses innerhalb der oben angegebenen Offenlegungsfrist bei Groß. Bürgermeisterei Langgöns schriftlich einzureichen und zu begründen.

Friedberg, den 21. Januar 1916.  
Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:  
Schnittspahn, Regierungsrat.